

Nach den Pariser Attentaten vom November 2015: Frontstellungen, Kontexte und Perspektiven

Kolja Lindner

► **To cite this version:**

Kolja Lindner. Nach den Pariser Attentaten vom November 2015: Frontstellungen, Kontexte und Perspektiven. *Das Argument*, 2016, 4-5/2015 (314), pp.471-487. halshs-01253231

HAL Id: halshs-01253231

<https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-01253231>

Submitted on 28 Jan 2016

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Kolja Lindner
Nach den Pariser Attentaten vom November 2015:
Frontstellungen, Kontexte und Perspektiven

Der kriegerischen Realitäten in aller Welt zum Trotz: Für westeuropäische Verhältnisse sind die Pariser Terroranschläge vom November 2015 eine grausame Ausnahmeerscheinung. Während der Staat erwartungsgemäß aufrüstet, überraschen die Reaktionen der französischen Linken. Sie bewegen sich zwischen apathischem Einverständnis und undifferenzierten Relativierungen. Dies zeigt, dass es in der aktuellen Situation um mehr als eine sicherheitspolitische Offensive geht. Vielmehr werden Formen des demokratischen Zusammenlebens neu ausgehandelt. Und dies verheißt nichts Gutes, denn eine Ethnisierung und ein Rechtsruck zeichnen sich bereits jetzt deutlich ab. Die französische Linke wird sich politisch erneuern müssen, will sie diesen Herausforderungen gewachsen sein.

Law-and-Order, bleu-blanc-rouge und l'État, c'est moi !

Nach dem Terror hält es der französische Staat mit Repression, Nation und Präsidentialisierung. So hat Staatschef François Hollande bereits am Morgen nach den Anschlägen den Ausnahmezustand verhängt. Durch ein Parlamentsvotum wurden kurze Zeit später zwar die richterlichen Kontrollen des polizeilichen Vorgehens ausgeweitet. Dennoch werden Bürgerrechte bspw. durch ein eingeschränktes Versammlungsrecht weiterhin massiv beschnitten. Um zu verstehen, in welchen Zusammenhang der französische Staat seinen Kampf gegen den Terror stellt und welches Signal an die Bevölkerung er damit aussendet, muss zweierlei berücksichtigt werden. Zunächst einmal gehört das Gesetz, das den Ausnahmezustand regelt, in den Kontext des Kolonialkrieges in Algerien. Es ist 1955 erlassen worden, um eine Resonanz des Konflikts in der Metropole zu unterbinden. Besonders pikant ist nun, dass die fragliche Regelung seit der algerischen Unabhängigkeit nur zwei Mal angewandt worden ist: 1984 in der ehemaligen Kolonie Neukaledonien und 2005 in den Vororten der französischen Metropole. Beide Male sind die kolonialgeschichtlichen Zusammenhänge offenkundig. In Neukaledonien ging es gegen die lokale Unabhängigkeitsbewegung, in den Vorstädten ging es maßgeblich gegen eine (post-)koloniale Migrationsbevölkerung.

Dass sich dies nicht auf Symbolik reduziert, zeigt der zweite Zusammenhang, den die französische Regierung mit ihren jetzigen Maßnahmen aufmacht. Es handelt sich dabei um die nationale Vereinnahmung des Entsetzens über die Anschläge und der Trauer über deren Opfer. Und diese belässt es keinesfalls beim Beschwören von Einigkeit. So wird derzeit geplant, Menschen, die über einen Doppelpass verfügen, in Frankreich geboren worden sind und für ihre Mitwirkung an terroristischer Gewalt verurteilt wurden, die französische Staatsbürgerschaft zu entziehen. Historisch sind diese Politiken in Frankreich mit dem faschistischen Vichy-Regime verbunden. Zwischen 1940 und 1944 verloren 15.000 Menschen, darunter 7.000 französische Juden, derart ihre Rechte (Landau-Brijatoff 2013)¹.

¹ Diese Entrechtung betraf auch 110.000 algerische Juden. Diese hatten im kolonialen Algerien, dessen Verwaltung im Zweiten Weltkrieg lange Zeit Vichytreuen Militärs unterstand, eine staatsbürgerliche Sonderstellung inne (s.u.). – Mit dem grammatischen Genusproblem wird im vorliegenden Zusammenhang wie folgt verfahren: Wo in gemischtgeschlechtlichen Gruppen quantitative oder qualitative Männerdominanz besteht, wird das männliche Geschlecht verwendet. Wo die Dominanz nicht so

Zweierlei ist angesichts dieses Vorstoßes bemerkenswert. Einerseits haben die regierenden Sozialistinnen die Infragestellung staatsbürgerlicher Rechte bisher strikt abgelehnt. Diese wurde in der Vergangenheit vielmehr von Teilen der bürgerlichen Rechten und vom rechtsextremen Spektrum propagiert. Andererseits muss festgehalten werden, dass das Vorhaben auf eine „Rassifizierung der Staatsbürgerschaft“ (É. Fassin 2012: 273) hinausläuft. Noch nie ist weißen Fußballhooligans mit Doppelpass nach tödlichen Schlägereien untereinander oder mit der Polizei derart gedroht worden. Roma schon. Im Sommer 2010 schwor der ehemalige Präsident Nicolas Sarkozy, allen eingebürgerten „Personen fremder Herkunft“ die Staatsbürgerschaft entziehen zu wollen, sollten sie sich – abseits von Fußballspielen – lebensbedrohliche Gewalttaten gegen Sicherheitskräfte zu Schulden kommen lassen. Die in diesem Zusammenhang vom Innenministerium angewiesenen Räumungen von Roma-Camps und die Ausweisung mehrerer Hundert bulgarischer und rumänischer EU-Bürgerinnen führten damals zu einem „europaweiten Politskandal“ (Krol 2013: 220): Die EU-Kommission strengte ein Verfahren wegen Verletzung der europäischen Verträge vor dem Europäischen Gerichtshof an und die Justizkommissarin ließ öffentlich vernehmen, dass sie sich an Zustände des Zweiten Weltkrieges erinnert fühle.

Den französischen Muslimen kommt in diesem Rassifizierungsprozess eine herausgehobene Rolle zu. Dies zeigt ein weiterer politischer Vorstoß aus der jüngeren Vergangenheit. Im April 2010 plädierte der damalige, rechts-bürgerliche Innenminister Brice Hortefeux dafür, Ehemänner von zur Vollverschleierung gezwungenen Frauen mit dem Entzug der Staatsbürgerschaft zu bestrafen. Dass die fraglichen Bekleidungspraxen insbesondere mit spezifischen Lebenserfahrungen und prekären sozialen Lagen in Frankreich zusammenhängen und deshalb auch und sogar vornehmlich bei Konvertitinnen ohne jeglichen Migrationshintergrund anzutreffen sind, spielte in der Debatte keine Rolle². Vielmehr transportieren solche Vorstöße die Vorstellung, dass Muslime nicht Teil der französischen Nation sind. Deren Handeln scheint demnach auch ausschließlich religiös und nicht primär durch soziale Zusammenhänge in Frankreich begründet zu sein. Um was für eine fehlgeleitete Vorstellung es sich dabei handelt, illustrieren nicht zuletzt die Biographien derjenigen, die die Attentate auf das Satiremagazin *Charlie Hebdo* und einen jüdischen Supermarkt im Januar 2015 ausgeführt haben. Auch die Lebenswege der Täter und ihrer Unterstützerinnen aus dem November 2015 bestätigen dies (Rey-Lefebvre u.a. 2015, Roy 2015).

Die dritte Ebene, auf der der französische Staat auf den Terror reagiert, betrifft das politische System. So hat Präsident Hollande vor den zwei Parlamentskammern drei Tage nach den Attentaten von Paris die – bisher vage – Initiative einer Verfassungsänderung lanciert. Betroffen ist Artikel 16, der bereits jetzt diktatorische Vollmachten des Staatsoberhauptes kodifiziert. Hinzu kommt Artikel 36, der eine parlamentarische

eindeutig ist, in der Krise steckt oder bekämpft wird, gebrauche ich die weibliche Form. In historischen Konstellationen, die durch männliche Herrschaft strukturiert sind, werden ebenfalls ausschließlich Maskulina benutzt. So können bspw. Jüdinnen im republikanischen Frankreich bis 1944 keine vollen staatsbürgerlichen Rechte besitzen, da sie als Frauen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Bei Zitaten übernehme ich grundsätzlich die von ihren Autorinnen verwandte Schreibweise.

² Borghée (2012) zeigt in ihrer Studie zur Vollverschleierung in Frankreich überdies, dass deren Tragen in der Regel Ausdruck einer individuellen und selbstbestimmten Aneignung des Salafismus ist, die nicht einfach als männliche Unterdrückung aufgefasst werden kann. Man kann die Fokussierung auf Vollverschleierung daher auch als einen weiteren Beleg für die Instrumentalisierung von Frauenrechten in antimuslimische Politiken werten (Guénif-Souilamas u. Macé 2006).

Mitbestimmung im Falle der Verhängung des Ausnahmezustandes vorsieht. Hollandes Vorschlag zielt auf eine Konstitutionalisierung des Ausnahmezustandes und ein Mehr an präsidentialer Macht. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das politische System Frankreichs bereits jetzt schon vollkommen auf den Präsidenten ausgerichtet ist. Der „rationalisierte Parlamentarismus“ sieht nur geringe Machtbefugnisse der Legislative vor. Seinen Ursprung hat diese Konzeption in der putschartigen, ebenfalls im Kontext des Kolonialkriegs in Algerien stehenden Machtübernahme Charles de Gaulles von 1958 (François 2007).

Es ist dieses Übergewicht präsidentialer Macht, das die landesspezifische Krise politischer Repräsentation an zentraler Stelle mitverantwortet. Denn die charismatische Konzeption des Staatsoberhauptes, das Zwietracht und Unordnung überwinden und durch seine Direktwahl als unmittelbarer Ausdruck der Volkssouveränität erscheinen soll, entpolitisiert. Ihr liegt eine grundsätzlich negative Auffassung von gesellschaftlicher Pluralität bzw. von sozialen Konflikten über kollektiv verbindliche Entscheidungen zugrunde. Die nun anvisierte, neuerliche Verstärkung der präsidentialen Macht muss kritisch auch vor dem Hintergrund von Kämpfen zur Demokratisierung der politischen Repräsentation (wie sie z.B. durch die im Jahr 2000 eingeführte geschlechts-egalitäre Paritätsregelung erfolgt ist) und im Kontext der politischen Desorganisation der Vorstädte gesehen werden (Lépinard 2007, Masclet 2003). Die zunehmende Ethnisierung sozialer Konflikte bzw. die Verankerung des Islamismus in einigen französischen Vororten hängen nicht zuletzt mit dieser Desorganisation zusammen.

Kurzum: Die staatlichen Reaktionen auf die Pariser Terroranschläge ziehen zentrale Register des demokratischen Zusammenlebens in Frankreich. Um angesichts dieser Tatsache die Haltung der französischen Linken zu verstehen, bedarf es zunächst einer historischen Kontextualisierung.

Die Ethnisierung des französischen Republikanismus

Nach ihrem Selbstverständnis ist die politische Ordnung in Frankreich prozedural konzipiert. Die Nation soll dem berühmten Ausspruch Ernest Renans zufolge „ein täglicher Plebiszit“ (Renan 1882: 55) sein. Doch bereits als diese Vorstellung vorgebracht wurde, hatte sie eine äußerst ambivalente Gestalt. Diese hat sich seither zu einer substantiellen Konzeption fortentwickelt. Das Verhältnis der französischen Republik zum Islam und zu rassifizierten Minderheiten illustriert dies nachdrücklich.

Die Beziehungen von Politik und Religion sind in Frankreich durch den Laizismus bestimmt. Dieser gilt mittlerweile als einer der zentralen Züge des republikanischen Selbstverständnisses. Daher wird er angesichts der islamistischen Terroranschläge vom Januar 2015 sowie der neuerlichen Pariser Attentate allseits beschworen. Das laizistische Regelwerk datiert maßgeblich auf eine ab 1879 erlassene Reihe von Schul- und Vereinsgesetzen. Mit ihnen schrieb die Dritte Französische Republik eine Säkularisierung von Lehrinhalten und -personal fest. Hinzu kommt das für die heutige Diskussion zentrale Separationsgesetz von 1905, mit dem die Republik nicht zuletzt auf die Dreyfus-Affäre reagierte. Es gewährleistet Glaubensfreiheit (Art. 1) und formuliert die Weigerung des Staates, Religionsgemeinschaften anzuerkennen oder zu finanzieren (Art. 2). Ausnahmen stellen öffentliche Einrichtung mit Anwesenheits-

pflicht dar, wie etwa Schulen, Krankenhäuser oder Gefängnisse. In ihnen kommt die öffentliche Hand für Seelsorgedienste auf, um Religionsfreiheit zu garantieren³.

Der Islam nimmt in diesem Arrangement seit jeher eine Sonderstellung ein. Er ist für Frankreich zu Beginn des 20. Jahrhunderts v.a. relevant, insofern er in den nordafrikanischen Kolonien die Mehrheitsreligion darstellt. Eigentlich hätte auch diese dem laizistischen Reglement unterworfen werden müssen, denn die Republik erhebt einen jakobinischen Anspruch auf Unteilbarkeit. Dies gilt insbesondere für Algerien, das zum damaligen Zeitpunkt als integraler Bestandteil des französischen Staates galt. Das Gesetz von 1905 verweist in Artikel 43 allerdings auf Verwaltungsvorschriften, die im kolonialen Zusammenhang eine Abweichung vom Separationsprinzip ermöglichen. Und tatsächlich ist der Islam zum Zwecke der Aufrechterhaltung der französischen Herrschaft hier eng mit dem Staat verbunden geblieben. So haben die Kolonialbehörden bspw. die Ausbildung von loyalen Imamen organisiert (Achi 2004, Bozzo 2006)⁴. Zudem hat die französische Kolonialmacht Muslime mit Sonderregelungen, die den laizistischen Gesetzen zuwider laufen, diskriminiert: 1870 wurden die algerischen Juden auf Initiativen des linksrepublikanischen Justizministers Adolphe Crémieux zu rechtsgleichen Franzosen erklärt, die Muslime dagegen 1881 einer Reihe repressiver Ausnahme Gesetze, dem sog. *Code d'indigénat*, unterworfen⁵.

Geht man mit globalhistorischen Ansätzen davon aus, dass im kolonialen Zusammenhang soziale Repräsentationen und politische Strukturen geschaffen wurden, die massive Rückwirkungen auf die Metropolen hatten und haben (Stoler/Cooper 1997), kann in diesen Ausnahmeregelungen der historische Ursprung eines bis heute in Frankreich wirkmächtigen Imaginären ausgemacht werden. Dieses besteht in der Auffassung, Muslime hätten eine grundsätzliche, aus gruppenspezifischen, die gemeinschaftliche Zugehörigkeit verabsolutierenden Vorstellungen und Praxen resultierende Distanz zur laizistischen Ordnung (gemeinhin *communautarisme* genannt), der mit einer spezifischen Politik eines ansonsten differenzblind konzipierten Laizismus begegnet werden müsse (zur Vereinbarkeit von Islam und Laizismus grundsätzlich Frégosi 2008). Zudem muss die Entstehung einer bis heute den französischen Islam bestimmenden Institution in den kolonialen Ausnahmeregelungen verortet werden. 1920 wurde mit – unmittelbar gegen das Gesetz von 1905 verstoßenden – staatlichen Subventionen die Pariser Moschee errichtet. Diese war als Revanche der Re-

³ Der so kodifizierte Laizismus kann als „eine frühe, pragmatische Artikulation des liberalen Strebens [gelten], den Schutz individueller Freiheit und die Vielzahl der Auffassungen des Guten in der Gesellschaft mit gemeinschaftlichen Normen egalitärer, politischer Zugehörigkeit zu verbinden“ (Laborde 2008, 31). Dafür bedient sich die Regelung der Dritten Republik dreier Prinzipien, deren konfligierender Zusammenhang die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Staat und Religion bis heute bestimmt: Glaubens- und Meinungsfreiheit, Gleichheitsgebot und Trennung von Staat und Religion bzw. weltanschauliche Neutralität des Staates (für eine gelungene Interpretation der daraus resultierenden Normenkonflikte s. Maclure u. Taylor 2011).

⁴ Auch christliche Missionen und Schulen wurden in diesem Zusammenhang übrigens kolonialpolitisch instrumentalisiert. Absurder Weise wurde Christianisierung dabei als Vorstufe zur Laizierung begriffen.

⁵ In der französischen Metropole, in der die Juden 1791 rechtliche Gleichstellung erlangten, hatten progressive Kräfte die Forderung nach Emanzipation der algerischen Juden schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts erhoben. Der dafür mobilisierte Liberalismus stützte im kolonialen Zusammenhang allerdings ein Regime rechtlicher Ungleichheit bzw. fügte sich in das strategische Kalkül von 'teile und herrsche' ein. Den durch ihre staatsbürgerliche Emanzipation unfreiwillig der Gemeinschaft der Koloniateure Zugeschlagenen brachte ihr neuer Status so eine eigentümliche Zwischenposition: Oftmals als Kollaborateure der Kolonialmacht angesehen, fürchteten die meisten algerischen Juden nach der Unabhängigkeit 1962 um ihr Leben und wanderten in die französische Metropole aus (Allouche-Benayoun 2006).

publik für den Blutzoll der unter Zwang rekrutierten, muslimischen Kolonialsoldaten des Ersten Weltkrieges konzipiert (Davidson 2012).

Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Republik und Islam, die in der französischen Metropole insbesondere durch Migration aus mehrheitlich muslimischen Ländern seit den 1960er Jahren an Fahrt gewonnen haben, sind maßgeblich durch diese mentalen und institutionellen Ordnungen bestimmt. Dazu gehören auch die langen Konflikte um die Gründung eines Repräsentationsorgans der französischen Muslime. Dieses soll u.a. die nach dem Gesetz von 1905 vorgesehenen Seelsorger für Schulen, Gefängnisse und Krankenhäuser benennen. Seit der islamischen Revolution im Iran 1979 knüpfen sich allerdings auch politische Hoffnungen auf soziale Kontrolle an die schließlich erst 2003 als Conseil Français du Culte Musulman (CFCM) geschaffene Struktur. An deren Formierungsprozess waren nicht nur Mitarbeiterinnen des französischen Innenministeriums, sondern auch ausländische Botschaften nachhaltig beteiligt – ein weiterer, offener Verstoß gegen das laizistische Trennungsgebot (Zeghal 2005)⁶.

Die zunehmende sozio-ökonomische Polarisierung im Postfordismus und die verstärkte gesellschaftliche Pluralisierung durch Multikulturalismus haben das republikanische Gesellschaftsmodell und seinen Anspruch auf Gleichheit und Uniformität in eine sich seit den späten 1970er Jahren zuspitzende Krise gestürzt. Diese wird u.a. in regelmäßig wiederkehrenden Kopftuchdebatten ausgetragen. In diesem Zusammenhang sind die drei laizistischen Prinzipien reartikuliert und in ein persönliches Verhaltensgebot bzw. ein Mittel gegen Frauenunterdrückung transformiert worden. Die neueren Etappen dieses Prozesses sind die auf das Kopftuch zielenden Verbote offensichtlicher, religiöser Zeichen an öffentlichen Schulen 2004, seine Verbannung aus Kindertagesstätten mit entsprechender Hausordnung sowie das Verbot der Vollverschleierung und des muslimischen Gebets auf offener Straße ab 2010 (Baubérot 2006 u. 2012a, Vauchez u. Valentin 2014). Bezeichnend ist dieser Prozess nicht nur, weil er – in Abkehr von Artikel eins des Gesetzes von 1905 – zu einer Einschränkung der Glaubensfreiheit führt. Er beinhaltet zudem eine weitreichende Verschiebung des Neutralitätsanspruchs: von der öffentlich-*staatlichen* zur öffentlich-*zivilgesellschaftlichen* Sphäre.

In dieser Entwicklung kommt Muslimen auch deswegen eine Sonderstellung zu, weil die im Grunde nicht *laizistischen*, sondern *säkularistischen* Forderungen einzig ihnen gegenüber vorgebracht werden. So zum Beispiel, wenn es – aufgrund von Platzmangel in Moscheen und Gebetsräumen – um muslimische Gebete auf offener Straße oder Halal-Fleisch in Schulkantinen geht⁷. Dort, wo sich v.a. Angehörige der Mehrheitsreligion zu großen öffentlichen Glaubensbekundungen versammeln, sind in der Regel keine derartigen Neutralitätsforderungen zu vernehmen. Und dies gilt

⁶ Der damalige Innenminister Sarkozy hat in diesem Zusammenhang mit seinen antilaizistischen Absichten einer sozialregulativen Instrumentalisierung des Islams übrigens keinesfalls hinter dem Berg gehalten (Sarkozy 2004).

⁷ Dass der Laizismus ein grundsätzliches liberales Arrangement ist bzw. sein kann, illustriert nicht zuletzt die von Anbeginn praktizierte *reasonable accommodation* der öffentlichen Schulen gegenüber dem Katholizismus: Am Mittwochnachmittag findet in der französischen Ganztagschule bis heute kein Unterricht statt (ursprünglich war diese Zeit für den Katechismus reserviert) und am Freitag wird in den Schulkantinen Fisch serviert. Muslimischen Schülerinnen demgegenüber z.B. schweinefleischfreie Kost vorzuenthalten, ist vor diesem Hintergrund in hohem Maße inkohärent. Auch in anderen öffentlichen Institutionen lassen sich derartige „variable Geometrien“ in der Umsetzung laizistischer Prinzipien beobachten (für die Situation in den französischen Gefängnissen Béraud u.a. 2014).

selbst, wenn derartige Versammlungen unmittelbar politisch motiviert sind. Man konnte dies etwa im Kontext der katholisch dominierten Massenproteste gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare 2012/2013 besichtigen – einem „genuinen Laizismusthema“ (Baubérot 2012b), von dem öffentlich allerdings so gut wie niemand als solchem gesprochen hat.

Die Ethnisierung des französischen Republikanismus kann noch an einem weiteren Transformationsprozess der neueren französischen Politikgeschichte festgemacht werden. Dieser betrifft das Verhältnis der Republik zu ihren rassifizierten Minderheiten. Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre herrschte in Frankreich ein kurzer Sommer des Multikulturalismus. Er stand im Zusammenhang mit der kulturellen Dezentralisierung zugunsten der französischen Regionalsprachen unter Präsident François Mitterrand. Als der Front National (FN) 1983 seine ersten Wahlerfolge verzeichnen konnte, schwang ein Großteil der französischen Sozialistinnen allerdings auf eine immer stärkere Kulturalisierung des Staatsbürgerschaftsgedankens ein (Martigny 2012). Das vormals propagierte „Recht auf Differenz“ wurde nun für den Zulauf der rechtsextremen Partei verantwortlich gemacht. „Integration“ wurde so fortan zum zentralen Paradigma im Umgang mit Differenz. Der starke Individualismus dieser Konzeption wird dabei tendenziell gegen jegliche kulturellen Bindungen ausgespielt, sodass die entsprechende Politik im Grunde auf Assimilation zielt. Die Anderen müssen sich der Mehrheit anpassen (Laborde 2001).

Nichts lässt darauf schließen, dass die in Frankreich seit der Regierungszeit der linken Regenbogenkoalition (1997-2002) unter dem Druck europäischer Vorgaben angestregten Antidiskriminierungspolitiken grundsätzlich mit diesem Integrationsparadigma gebrochen haben. Dabei liegt Antidiskriminierungspolitiken eigentlich eine grundsätzlich andere Konzeption von Differenz und Mehrheitsgesellschaft zu Grunde: Man entgeht Diskriminierungen nicht durch individuelle Anpassung. Das Problem liegt diesem Zugriff zufolge vielmehr in verschiedenen (materiellen, symbolischen, räumlichen etc.) Segregationsprozessen innerhalb der Gesamtgesellschaft. Diese müssen beachtet werden, sollen Diskriminierungen wirksam bekämpft werden. In Frankreich wirkt nun aber das Integrationsparadigma der 1980er Jahre nach, insofern Antidiskriminierungspolitiken gesamtgesellschaftliche Strukturen nicht in Rechnung stellen. Diskriminierungen gibt es für die zuständigen Stellen nur, wenn diese von einem Individuum angezeigt werden. Daher nimmt man auch alle Formen der Ungleichbehandlung, gleich an welchen Kriterien (Behinderung, *gender*, *race* etc.) sie sich festmachen, zugleich ins Visier. Auf mögliche Spezifika von Ausschlüssen und dementsprechend den Mitteln, sie zu beenden, wird daher nicht reflektiert. Umgekehrt zu verfahren, hieße nach dieser Philosophie, die Existenz von partikularen und insbesondere ‘rassischen’ Gruppen staatlich anzuerkennen, was wiederum als antirepublikanisches Sakrileg gilt. Daher resultiert die in Frankreich immer wieder mit viel Elan geführte Debatte über „ethnische Statistiken“ (É. Fassin 2010). Durch die Weigerung, die soziale Realität bestimmter Formen kollektiver Zugehörigkeit anzuerkennen, ist man dabei weit von einem pragmatischen Egalitarismus entfernt. Die Republik hat ihren rassifizierten Minderheiten zumindest in dieser Hinsicht nur wenig zu bieten (D. Fassin 2002, Simon u. Zappi 2003).

Neorepublikanismus vs. Differenzialismus

Die Reaktionen der französischen Linken auf die Attentate von Paris müssen vor dem Hintergrund von Konflikten über diese Modelle des demokratischen Zusammen-

lebens verstanden werden. Dabei springen v.a. zwei Zugänge ins Auge, die beide als extreme Formen der Identitätspolitik gelten können: eine neorepublikanische und eine differenzialistische. Während erstere sich durch ein apathisches Einverständnis mit dem derzeitigen staatlichen Agieren auszeichnet, tut sich letztere im Wesentlichen mit undifferenzierten Relativierungen hervor. Beide Politiken bedingen daher eine zunehmende linke Orientierungslosigkeit.

Die neorepublikanische Linke, die sich v.a. im Umfeld der sozialistischen Partei und der sog. Linksfrente (einem Zusammenschluss der Kommunistischen Partei, der Linkspartei von Jean-Luc Mélenchon sowie einiger kleiner linker Parteien) bewegt, lässt sich derzeit im Wesentlichen mit Forderungen nach einer weiteren Substanzialisierung des Republikanismus vernehmen. Islamismus und islamistische Terrorakte in Frankreich werden dabei insbesondere auf eine gescheiterte Integration der Nachkommen (post-)kolonialer Migrantinnen zurückgeführt – mit einem starken Akzent auf individuelle Anstrengungen, wie ihn das Integrationsparadigma auszeichnet.

Nehmen wir das Beispiel der feministischen Philosophin Elisabeth Badinter. Sie war in der Vergangenheit bereits nachhaltig an der Redefinition des Laizismus beteiligt. So lieferte sie etwa der parlamentarischen Kommission, die sich mit der Vollverschleierung beschäftigte, 2009 die zentrale ideologische Begründung für ein Verbot: Das Tragen der fraglichen Kleidung stelle „einen Bruch des Gesellschaftsvertrags dar, eine Integrationsverweigerung sowie eine Verweigerung von Dialog und Demokratie“ (Badinter in Raoult 2010, 335). Zwei Jahre später, als der FN sich öffentlichkeitswirksam über das muslimische Gebet auf offener Straße ausließ, lässt Badinter verlautbaren, dass „abgesehen von Marine Le Pen niemand mehr den Laizismus verteidigt“ (Badinter 2011)⁸. In Reaktion auf die islamistischen Attentate vom Januar 2015 schreibt Badinter: „Ist der Laizismus in den Dreck gezogen worden? Wir müssen zu den Grundlagen zurückkehren. Es gibt keine Laizismen und keinen ‘offenen’ Laizismus [*laïcité ouverte*]. Es gibt nur einen Laizismus. Im Privaten kann man seine Religion leben, in der Öffentlichkeit obsiegt das Kollektiv. Also die Republik. Es gibt keinen Grund, in der Öffentlichkeit [*à l’extérieur*] eine Kippa oder eine islamische Bekleidung zu tragen. Alle Anstrengungen müssen auf eine Verstärkung dessen, was uns einigt, zielen – unter Vernachlässigung unserer Differenzen. Ich denke, dass wir in der Vergangenheit nachlässig mit dem alles einnehmenden, politischen Religiösen [*politiquement religieux*] gewesen sind. Wir mussten uns ihm unterwerfen und uns immer weitergehenden religiösen Forderungen beugen. Ein solches Verhalten ist antilaizistisch. Wir haben aus Angst vor Stigmatisierung kapituliert.“ (Badinter 2015)

Eine weitere Protagonistin des linksrepublikanischen Lagers ist die feministische Journalistin Caroline Fourest. In einer Radiosendung von *France Culture* kritisiert sie am 16. November 2015 die ihrer Meinung nach fehlgeleiteten linken Reaktionen auf die Pariser Anschläge, die außen- und innenpolitische Zusammenhänge der Tat hervorheben: „Es ist also unser Fehler, wenn man uns umbringt, weil wir Gleichheit, Laizismus und Meinungsfreiheit schätzen. Unser Fehler, da wir uns friedlich verteidigen, wenn man unsere Rechte bedroht und militärisch, wenn man uns den Krieg erklärt. Diese Leier ist nicht nur pietätlos. Sie liefert den Terroristen Waffen, erleichtert ihnen die Rekrutierung und deklariert uns zum Ziel. Es handelt sich um den Gesang von Kollaborateuren, von Helfern, die einer Propaganda Vorschub leisten, die uns zu er-

⁸ Die französische Staatsanwaltschaft sah dies übrigens anders: Gegen die FN-Vorsitzende ist aufgrund ihres Vergleichs von auf der Straße betenden Muslimen mit der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkrieges ein Verfahren wegen Volksverhetzung anhängig.

ledigen trachtet. [...] Der Islamische Staat zielt auf uns nicht für das, was wir tun, sondern für das, was wir sind: ein freies, laizistisches und lebensfrohes Land. Das steht Wort für Wort in der Erklärung, mit der sich zu dem Anschlag vom 13. November bekannt wurde und dies ändert alles. Der Krieg im Irak, an dem wir uns zu Recht nicht beteiligt haben, der keine Verbindung zum 11. September aufwies und außerhalb des internationalen Rechts stand, hat nichts mit der Intervention in Syrien zu tun, die ihrerseits begründet ist, da sie den internationalen Anforderungen für legitime Verteidigung entspricht.“ (Fourest 2015)

Badinters und Fourests Reaktionen illustrieren deutlich die beschriebenen politischen Verschiebungen. Etwa die Transformation des Laizismus in ein individuelles, säkularistisches Verhaltensgebot, das v.a. auf Muslime abzielt. Oder die Behauptung, einer v.a. religiös zu erklärenden Radikalisierung, die soziale und politische Prozesse innerhalb der französischen Gesellschaft zum Verständnis des Terrorismus vernachlässigt.

Die differenzialistische Linke – hier als Oberbegriff für verschiedene internationalistische und antirassistische Tendenzen gebraucht – lässt sich angesichts der Pariser Attentate mit Erklärungen vernehmen, wie sie Fourest im Visier hat. Die trotzkistische, Neue Antikapitalistische Partei (NPA) etwa verlautbart unmittelbar nach den Anschlägen: „Diese niederträchtige Barbarei mitten in Paris ist eine Antwort auf die genauso blinde und noch mörderischere Gewalt der Bombardierungen der französischen Luftwaffe in Syrien, die François Hollande und seine Regierung beschlossen haben. [...] Die Barbarei des Imperialismus und die des Islamismus nähren sich gegenseitig – und dies zum Zwecke der Kontrolle des Zugangs zu Ölquellen. [...] Ein weiteres Mal rufen die Verantwortlichen dieser Sturmflut zur nationalen Einheit auf. Sie versuchen, die dramatische Situation zu ihren Gunsten zu wenden, um Empörung und Revolte zu ersticken. Einen Sündenbock haben sie dafür bereits ausgemacht: die Muslime.“ (NPA 2015)

In durchaus vergleichbarem Wortlaut schreibt der Parti des Indigènes de la République (PIR), der sich vor gut zehn Jahren als Mouvement des Indigènes de la République (MIR) gegen die Aufwertung der französischen Kolonialvergangenheit zusammengefunden und mittlerweile als Partei konstituiert hat: „Frankreich erlebt die Rückkehr einer kriegerischen Außenpolitik in Libyen, Mali, Syrien und im Irak, die von der Strategie des ‘Kampfes der Kulturen’ und deren Bestandteilen, Rassismus und staatlicher Islamophobie, zehrt. Wir prangern bereits jetzt jene an, die diese Tragödie für repressive Politiken gegen Muslime, Flüchtlinge und jegliche Formen des Widerstandes der verarmten Vororte [*quartiers populaires*] zu instrumentalisieren trachten.“ (PIR 2015)

Die für einen gewissen Teil des gesellschaftskritischen Spektrums repräsentativen Reaktionen von NPA und PIR sollen im Folgenden in den neueren Entwicklungen der französischen Linken kontextualisiert werden.

Antirassistische Identitätspolitik und internationalistische Komplexitätsreduktion

Die Auseinandersetzung mit der eigenen Kolonialvergangenheit und ihren Nachwirkungen ist weiterhin eine der großen Aufgaben der kritischen Öffentlichkeit in Frankreich. Es stellt sich angesichts der harschen Polemiken in diesem Zusammenhang

allerdings zunehmend die Frage, wie diese Auseinandersetzungen geführt werden sollten⁹. Ein Teil der französischen Linken hat sich für Holzhammer-Methoden entschieden und erweist der Debatte damit allemal einen Bärendienst.

Die Indigènes de la République, in deren Namenswahl bereits das Ausnahmeregime anklingt, dem die kolonisierte Bevölkerung nicht nur in Algerien unterworfen wurde, haben bisher v.a. durch die polemische Behauptung kolonialer Kontinuitäten auf sich aufmerksam gemacht¹⁰. So heißt es etwa in dem Gründungsaufwurf der Gruppe aus dem Jahr 2005: „Die kolonialen Mechanismen zur Verwaltung des Islams stehen mit der unter Regie des Innenministeriums erfolgten Erschaffung des Conseil Français du Culte Musulman wieder auf der Tagesordnung.“ (MIR 2005) Tatsächlich lassen die in diesem Zusammenhang zu besichtigenden Abweichungen von den laizistischen Prinzipien zunächst an das historische Ausnahmeregime denken. „Koloniale Mechanismen“ anzuklagen, heißt allerdings, die fundamentalen Ambivalenzen, die der Gründungsprozess des CFCM birgt, zu übersehen. Und diese können einige politisch relevante Erkenntnisse bereithalten (s.u.). Jedenfalls bringt die Schaffung des Repräsentationsorgans der französischen Muslime durchaus auch das staatliche Bestreben zum Ausdruck, die mittlerweile zweitgrößte Religionsgemeinschaft Frankreichs in das in der Dritten Republik geschaffene Regelwerk zu integrieren. So benennt der CFCM ja nicht zuletzt die in manchen öffentlichen Einrichtungen vorgesehenen Seelsorger. Ferner reagierte der französische Staat mit seinem Engagement in dieser Angelegenheit durchaus auch auf das Problem, dass im Islam kein hauptamtlicher Klerus existiert, d.h. keine Struktur, die ohne Weiteres die vom Gesetz von 1905 vorausgesetzte Kooperationsinstanz verkörpern kann. Schließlich ist im Gründungsprozess des CFCM durchaus die in Artikel vier des Gesetzes von 1905 festgeschriebene, interne Organisationsfreiheit der Religionsgemeinschaften geachtet worden. Denn das Innenministerium ist nicht einfach auf die ihm genehmen, muslimischen Akteure zugegangen (wie sie im kolonialen Zusammenhang durch die staatliche organisierte Imam-Ausbildung geschaffen wurden). Vielmehr kam 2003 aufgrund ihrer Verankerung in der Landschaft des französischen Islams insbesondere die bis weit in den Staatsapparat missliebige Union des Organisations Islamiques de France (UOIF) zum Zuge – sehr zum Leidwesen der Pariser Moschee, die bis dato als offiziöser Partner in derartigen Belangen galt. Die UOIF streben anders als verschiedene, am CFCM beteiligte, von arabischen Staaten abhängende Verbände einen französischen Islam frei von ausländischer Einmischung an.

Ähnlich polarisierend wie die geschichtspolitischen Positionen dieses Teils der französischen Linken ist seine antirassistische Praxis. Diese wirkt bisweilen wie eine von akademischen Diskursen aus den USA beeinflusste, nachholende Identitätspolitik. Dabei ist einerseits auffällig, dass rassismuskritische Analysen aus Nordamerika

⁹ Die im Folgenden geäußerte Kritik an linken Positionen sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Polemik im vorliegenden Zusammenhang v.a. das Markenzeichen eines anderen politischen Akteurs ist. So gibt es bis weit in die französische, bürgerliche Rechte hinein ein kolonialapologetisches Milieu, das regelmäßig mit verschiedenen politischen Initiativen auf sich aufmerksam macht (Haegel 2012, 278ff). Zu diesen gehört u.a. das mit den Stimmen der damals bürgerlich-rechten Parlamentsmehrheit verabschiedete, schließlich allerdings vom Präsidenten Jacques Chirac aus Zuständigkeitsgründen kassierte Gesetz aus dem Februar 2005, mit dem die angeblich „positive Rolle“ der französischen Kolonialherrschaft „insbesondere in Nordafrika“ als Lesart des staatlichen Geschichtsunterrichts festzuschreiben versucht wurde.

¹⁰ Angesichts der drakonischen Verbrechen, die der *Code d'indigénat* juristisch sanktioniert hat (Merle 2002), stellt die Parallelisierung mit den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen in Frankreich schlichtweg eine Geschichtsklitterung dar.

oftmals umstandslos auf die französische Situation zu übertragen versucht werden – ein Vorhaben, was angesichts der Spezifik der französischen Geschichte regelmäßig zu problematischen Verzerrungen führt. Andererseits werden die Effekte der einseitigen Kaprizierung auf Rassifizierung kaum kritisch reflektiert. Hier sind zunächst einmal jene kategorisierenden Markierungspraxen (weiß, männlich, heterosexuell etc.) zu verzeichnen, die soziale Positionierungen v.a. als individuelle Privilegien bearbeiten wollen. Diese sollen dabei in selbstbeachtigender Manier benannt werden, wobei damit oftmals zugleich einer Politik der Moral das Wort geredet und obendrein Re-Essentialisierungen naturalisierter Formen sozialer Zugehörigkeit (*gender* und *race* – Klassenzugehörigkeit spielt in diesen Ansätzen in der Regel nur eine nachgeordnete Rolle) Tür und Tor geöffnet wird (kritisch zu diesen Politiken Arslanoğlu 2010)¹¹. Zudem, und das ist im Zusammenhang der Pariser Attentate das Entscheidende, führen diese Zuspitzungen dazu, Rassifizierung gegen andere relevante politische Logiken auszuspielen, insbesondere Islamismus¹². Dessen Propagandistinnen werden so vor dem Hintergrund ihrer – sofern es sich nicht um weiße Konvertitinnen handelt – potenziellen rassistischen Diskriminierung in der französischen Mehrheitsgesellschaft, nicht nur von der Kritik ausgenommen. Sie werden auch zu Bündnispartnerinnen. Dies zeigt das Beispiel des Islamisten Tariq Ramadan. Er gehört regelmäßig zu den Unterzeichnern linker, rassismuskritischer Aufrufe. So unterstützte er z.B. die Indigènes de la République bereits kurz nach ihrer Gründung und zeichnete kürzlich den Aufruf zu einer Pariser Demonstration anlässlich des zehnten Jahrestages des Vorortrevolten von 2005.

Aus der einseitigen Fokussierung auf Rassismus, die derartige Allianzen ermöglicht, resultiert zunächst einmal eine frappierende Inkohärenz. Ramadan ist eine der intellektuellen Gallionsfiguren der UOIF. Dieser Verband hatte sich 2005 bei einem Großteil der Vorstadtjugendlichen allerdings gerade diskreditiert, da er eine Fatwa gegen die Beteiligung an den Revolten erlassen hatte. Gefährlich wird diese Inkohärenz, wenn sie sich mit Unwissenheit mischt. So kann das Satiremagazin *Charlie Hebdo*, die Zielscheibe der islamistischen Attentate vom Januar 2015, zur „rassistisch-antisemitischen Satire-Zeitschrift“ (Piesche 2015) mutieren. Auch wenn diese gravierende Fehleinschätzung aufgrund einiger fragwürdiger Islam-Karikaturen des Blattes – vergessen oder nicht mal wahrgenommen scheint dagegen das jahrelange Engagement der ermordeten Redakteure gegen Rassismus und Antisemitismus (z.B. Luz 1998) – aus deutscher Perspektive formuliert wird, zeigt sie, wohin ein derart ausschließlicher Fokus auf Rassifizierung führen kann: Widersprüche können nicht mehr gedacht werden und Kritik (nicht zuletzt am Antisemitismus der Attentäter) wird unmöglich. Mehr noch: derartige Aussagen drohen islamistische Terroristen geradezu in die Nähe antirassistischer Aktivistinnen zu rücken. Wo nur noch soziale Identitäten zählen, gibt es keine politischen Inhalte mehr. Und v.a. keine politischen Strategien gegen Islamismus – ein Umstand, der der nationalen Vereinnahmung des Entset-

¹¹ Laplanche-Servigne hat derartige Essentialisierungen durch eine teilnehmende Beobachtung beim MIR feststellen können – etwa wenn dessen Aktivistinnen zweifeln, ob sie Sprecherinnenpositionen der Bewegung einnehmen sollten, da sie „nicht indigen genug aussehen“ (zit. n. Laplanche-Servigne 2014: 161).

¹² Als Islamismus soll hier eine politische Religion gelten, die antipluralistisch ist, sich durch die Vorstellung einer Rückkehr zu einer mythologisierten, mittelalterlichen Sozialordnung auszeichnet und mittels religiöser Prinzipien das gesamte gesellschaftliche Leben zu regulieren trachtet. Dabei bestehen verschiedene Spielarten wie Fundamentalismus, Salafismus etc. Islamistischer Terror bezeichnet eine entsprechend legitimierte, „zielgerichtet ausgeübte Gewalt gegen Personen, die an einer Auseinandersetzung nicht direkt beteiligt sind“ (Lindner u.a. 2003, 359).

zens über die Pariser Anschläge und der Trauer über deren Opfer ein leichtes Spiel bereitet (in diesem Sinne Koester 2015).

Der Funktionalismus, der aus den oben zitierten Stellungnahmen zu den Pariser Attentaten spricht, verantwortet darüber hinaus eine Vernachlässigung des Terrorismus als politisches Problem – neben dem fehlenden Antiislamismus vielleicht der misslichste Zug dieses politischen Spektrums. Nach dem Grundsatz „So wie man in den Wald hereinruft, so schallt es heraus“, wird der islamistische Terror so „zum passiven, einzig durch die niederträchtige Politik der Regierenden geleitetes Subjekt“, kritisiert daher eindrücklich der Rechtswissenschaftler Didier Hanne (2015) bereits vor den neuerlichen Pariser Anschlägen. Insbesondere ideologische Dynamiken blieben dabei vollkommen im Dunkeln und allein eine bessere sozialstaatliche Umverteilung erscheine als Problemlösung. „Natürlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Art und Weise, in der sich die moderne Gesellschaft auf einen uneingeschränkten [*intégral*] Kapitalismus zubewegt, der massenweise Individuen um ihre Orientierung bringt und jegliche Formen des Zusammenlebens untergräbt“, fährt Hanne fort. „Aber dieser Zusammenhang ist derartig komplex vermittelt und von zahlreichen Rückwirkungen geprägt – die entscheidende Schwierigkeit der Unvorhersehbarkeit von Handlungen relativ freier Individuen mal ganz dahingestellt –, dass es so gut wie gar nichts bringt, ihn in Erinnerung zu rufen, wenn man Terrorismus verstehen und gegen ihn angehen möchte.“ (Ebd.)

Schließlich ist die Allgegenwart des Imperialismusbegriffs in Stellungnahmen, wie denen der NPA, symptomatisch, denn die entsprechenden Diskussionen haben sich bisher wenig durch komplexe Erklärungen internationaler Herrschaftsverhältnisse ausgezeichnet (Heinrich 2003). Das systematische, auch in der NPA-Erklärung zu den Pariser Attentaten zu besichtigende Beschwören von Ölfeldern in Konfliktregionen, die westliche Großmächte involvieren, ist das, was das traditionsmarxistische Basis-Überbau-Schema für eine kritische Gesellschaftstheorie ist: ein epistemologisches Hindernis.

Perspektiven politischer Erneuerung

Die Reaktionen des französischen Staates auf die Anschläge vom 13. November 2015 werden bestenfalls wirkungslos verpuffen. Wahrscheinlicher allerdings ist, dass sie die politische Krise in Frankreich verschärfen und einen weiteren Rechtsruck des gesamten politischen Spektrums zur Folge haben werden. Derzeit schickt sich der FN an, in einigen französischen Regionen zur stärksten politischen Kraft zu werden. Flankiert ist dieser Prozess von der ideologischen Banalisierung seiner Themen, die in Frankreich gemeinhin als *Lepénisation des esprits* bezeichnet wird. Dass diese nun auch die sozialistische Regierung erfasst hat, wie es die geplante Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Terroristen mit Doppelpass illustriert, ist in hohem Maße beunruhigend. Es ist eine Illusion davon auszugehen, dass die Übernahme solcher Vorhaben den FN schwächen wird. Vielmehr ließ sich in der zweiten Hälfte von Sarkozys Präsidentschaft gut studieren, wohin solch eine Politik führt: zu einer immer größeren Zustimmung für die extreme Rechte (Lindner 2015, Kap. 6). Dieser muss mit einer offensiven Politik, die u.a. neue, nicht-rassistische soziale Repräsentationen und Subjektpositionen schafft, entgegengetreten werden – einer Hegemoniepolitik im Sinne Stuart Halls (1988).

Die autoritäre Komponente der Reaktionen des französischen Staates, die sich im Versuch der Verstetigung des Ausnahmezustandes ausdrückt, unterstreicht dagegen eine weitere politische Dringlichkeit. Diese liegt in der Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reflexion über die Erneuerung der politischen Ordnung in Frankreich, wie sie von einigen Linksparteien u.a. mit der Forderung nach einer Sechsten Republik zum Ausdruck gebracht wird. Innerhalb der bürgerlichen Rechten und im sozialistischen Spektrum scheint derzeit allerdings niemand besonders willig zu sein, auch nur innerhalb des bestehenden Rahmens Kritik am Vorgehen der Regierung zu üben. So stimmten am 19. November 2015 gegen die nahezu einhellige Meinung von 551 Abgeordneten nur sechs Parlamentsmitglieder (bei einer Enthaltung) gegen die dreimonatige Verlängerung des Ausnahmezustandes. Und dies obwohl das somit in Kraft gesetzte Regime bürgerliche Freiheitsrechte umfassend beschneidet, wie die Verbote der öffentlichen Versammlungen zum internationalen Pariser Klimagipfel COP 21 illustrieren. „Seit den Attentaten von Paris und Saint-Denis sind der Ausnahmezustand und seine Verlängerung kein Gegenstand der linken Debatte, selbst bei ihren kritischsten Köpfen. Die nationale Einigkeit, die manche [mit Verweis auf den Ersten Weltkrieg; K.L.] als ‘heiligen Bund’ [*union sacrée*] beschreiben, kommt voll zum Tragen. Anders als die linken Kräfte in Gewerkschaften und Verbänden, die sich über die Wendung der Ereignisse echauffieren, haben die linken Parteien sich entschieden, dem Marschschritt der Regierung zu folgen“, kommentiert die online-Zeitschrift *Mediapart* (Alliès 2015). Welche Folgen diese Haltung für zukünftige, soziale und politische Konflikte in Frankreich haben wird, bleibt abzuwarten.

Wenig Hoffnung auf tragfähige politische Alternativen bieten auch die beiden skizzierten, identitätspolitischen Optionen der Linken. Da sie beide aufs Innerste mit den geschilderten Aushandlungen der Formen des demokratischen Zusammenlebens verbunden sind, sollen abschließend v.a. alternative Möglichkeiten zur Intervention in diese Auseinandersetzungen herausgearbeitet werden.

Erstens wird der von der neorepublikanischen Linken beanspruchte Universalismus immer stärker als Partikularismus erkennbar. Universalismus ist nicht, wenn sich drei Pariser Intellektuelle hinsetzen und beschließen, was als solcher zu gelten hat. Vielmehr muss es um eine globale Kommunikation über kulturalisierte Grenzen hinweg gehen, mit der sich kritisch über verschiedene Erfahrungen verständigt wird. Nehmen wir das Beispiel des Laizismus. Der Umstand, dass dessen Fassung in Frankreich zwar universalistisch konzipiert ist (Gleichbehandlung aller Religionen, Garantie der Religionsfreiheit in bestimmten öffentlichen Einrichtungen durch staatlich besoldete Seelsorger etc.), dabei allerdings die Verfasstheit des Katholizismus mit einem hauptamtlichen Klerus voraussetzt, verrät weniger etwas über koloniale Kontinuitäten, als über einen spezifischen Ethnozentrismus. Diesen zu überwinden, ist eine der heutigen Herausforderungen, um den Laizismus als tatsächliche, angesichts multireligiöser Gesellschaften universelle Norm zu rehabilitieren. Dieses Verfahren könnte man im Anschluss an die Arbeiten des indischen Historikers Dipesh Chakrabarty als „Provinzialisierung“ bezeichnen. Es geht dabei um die Relativierung eines an der westeuropäischen Erfahrung geformten, begrifflichen Systems von Staatsbürgerschaft, Nationalstaat, Öffentlichkeit, Individuum etc. (Chakrabarty 2010). Eine Provinzialisierung des französischen Laizismus könnte so an dessen spezifischer Artikulation mit staatlicher Macht ansetzen, mit der die Religion vollständig aus dem politischen Raum zu drängen versucht wurde. Hier schwingt die Kampfkonstellation von französischem Staat und katholischer Kirche in der Dritten Republik mit. Demgegenüber spricht nichts dagegen, einer verständigungsorientierten, religiösen Position, die

mit ihrer Konzeption des gutes Lebens auftritt, einen Platz in der politischen Auseinandersetzung zu geben (Mendieta/VanAntwerpen 2012). So würden die französischen Muslime endlich vollwertiger Teil des demokratischen Gemeinwesen werden können – eine Position, die ihnen der redefinierte Laizismus vorenthält.

Zweitens muss die Forderung nach Integration, so, wie sie von neorepublikanischen Linken erhoben wird, als undemokratischer Wunsch nach einer aseptischen Gesellschaft kritisiert werden. Integration sollte vielmehr radikal von Assimilation getrennt werden – als pragmatische Antidiskriminierungspolitik, die sich für Differenz nicht im Sinne von kultureller Identität interessiert. Anders als bei den in Frankreich üblichen, individualistischen Zugriffen geht es dabei um Strukturen sozialer Segregation. Integration meint in diesem emphatisch-demokratischen Sinne nicht die Abschaffung irgendwelcher kulturellen Identitäten, sondern formale Desegregation sowie räumliche, formelle und informelle Durchmischung der gesamten Gesellschaft (Anderson 2010).

Drittens verrennen sich die skizzierten Identitätspolitik in separatistischen Sackgassen. Gegen diese macht die feministische Philosophin Elizabeth Anderson „die Bedeutung von Demokratie für Integration, von Kooperation und Kommunikation über Gruppengrenzen hinweg zum Zwecke der Schaffung *geteilter* Normen und Ziele des gesamten demokratischen Gemeinwesens und insofern zum Schmieden einer gemeinsamen Identität als Staatsbürger“ (Ebd., 110) stark. Was die differenzialistischen Identitätspolitik angeht, heißt dies, dass spezifische Erfahrungen und Standpunkte rassifizierter Minderheiten nur wirksam werden können, wenn sie kollektive Entscheidungen integrierter Gemeinschaften informieren. Separatistische Praxen mögen historisch nötig gewesen sein, sie sind angesichts der aktuellen politischen Situation allerdings nicht mehr zeitgemäß. Vielmehr können sie sogar äußerst schädlich sein, wie die Ignoranz gegenüber dem Islamismus zeigt.

Viertens fällt in allen sich internationalistisch wählenden Stellungnahmen zu den Pariser Attentaten eines ganz besonders auf: die Unterschlagung von sozialen Akteurinnen, die sich jenseits aller westlichen Interventionspolitiken dem sog. Islamischen Staat (IS) und seinen Unterstützerinnen entgegenstellen. Man denke etwa an die fortschrittlichen Kräfte der syrischen, kurdischen und türkischen Zivilgesellschaft. Letztere befinden sich mit den Gezi-Protessen im Frühjahr 2013 und den Wahlerfolgen der HDP im Juni 2015 auf einem harten Konfrontationskurs zur regierenden, den Islamismus in Syrien fördernden AKP, deren zunehmend autoritären Staat Tariq Ramadan (2011) schon mal als angeblich demokratisches Vorbild für die arabischen Revolutionen empfiehlt. Hinzu kommen die bewaffnet verteidigten, kurdischen Autonomiegebiete im Norden Syriens. Man muss die Kritik am kurdischen Befreiungsnationalismus nicht in den Wind schlagen, um zu konstatieren, dass hier mit einem pluri-ethnischen und multikonfessionellen Verwaltungssystem, dessen Frauenquote weit über der der verschiedenen Syriza-Kabinette in Griechenland liegt, sowie einer bewaffneten Intervention zugunsten der von einem IS-Massaker bedrohten jesidischen Minderheit im irakischen Sindschar-Gebirge im Sommer 2014 ein politischer Akteur entstanden ist, der durchaus positive Impulse im Grauen der syrischen Krise hat setzen können. Sicher, Solidarität mit derartigen Kräften zu üben, ist keine einfache Aufgabe. Dennoch wäre sie ein Ansatz für einen neuen, antiislamistischen Kosmopolitismus¹³.

¹³ Für diesen gibt es durchaus bereits Vorbilder, vgl. die Arbeit entsprechender NGOs: <https://www.adoptrevolution.org/> oder <http://phnx.berlin/>, 21.11.15

Die Krise, in der sich die französische Linke seit den Attentaten vom 13. November 2015 befindet, könnte sich als Chance erweisen. Dies setzt allerdings die Bereitschaft voraus, über partikuläre Universalismen und undifferenzierte Differenzialismen hinaus zu gehen.

Literatur

Achi, Raberh, „La séparation des Églises et de l'État à l'épreuve de la situation coloniale. Les usages de la dérogation dans l'administration du culte musulman en Algérie (1905-1959)“, in: *Politix*, Vol. 17, Nr. 66 (2004), 81-106

Alliès, Stéphanie, „Face à l'état d'urgence, la gauche critique se tait. Pour le moment ?“, <http://www.mediapart.fr/journal/france/211115/face-l-etat-d-urgence-la-gauche-critique-se-tait> (2015), 21.11.15

Allouche-Benayoun, Joëlle, „Les enjeux de la naturalisation des Juifs d'Algérie : du dhimmi au citoyens“, in: P.-J. Luizard (Hg.), *Le choc colonial et l'islam. Les politiques religieuses et puissances coloniales en terre d'islam*, Paris 2006, 179-195

Anderson, Elizabeth, *The Imperative of Integration*, Princeton 2010

Arslanoğlu, Ayşe K., „Stolz und Vorurteil. Markierungspolitiken in den Gender Studies und anderswo“, *outside the box. Zeitschrift für feministische Gesellschaftskritik*, Nr. 2, 2010, http://outside.blogspot.de/images/otb2_stolzundvorurteil.PDF, 22.11.15

Badinter, Elisabeth, „Un peu de kantisme dans notre société serait bienvenu“, in: *Le Monde des Religions*, 28.9.11

dies, „Charlie Hebdo : et après ?“, in: *Elle*, 14.1.15

Baubérot, Jean, *L'intégrisme républicain contre la laïcité*, La Tour d'Aigues 2006

ders., *La laïcité falsifiée*, Paris 2012a

ders., „‘Mariage pour tous’ : enfin un vrai sujet de laïcité !“, <http://blogs.mediapart.fr/blog/jean-bauberot/051112/mariage-pour-tous-enfin-un-vrai-sujet-de-laicite> (2012b), 20.11.15

Béraud, Céline, Claire de Galember u. Corinne Rostaing, *Des hommes et des dieux en prison*, <http://www.gip-recherche-justice.fr/wp-content/uploads/2014/07/09-24-NS.pdf> (2014), 21.11.15

Borghée, Maryam, *Voile intégral en France. Sociologie d'un paradoxe*, Paris 2012

Bozzo, Anna, „Islam et citoyenneté en Algérie sous la III^e République : logiques et contradictions coloniales (l'exemple des lois de 1901 et 1905)“, in: P.-J. Luizard (Hg.), *Le choc colonial et l'islam. Les politiques religieuses et puissances coloniales en terre d'islam*, Paris 2006, 197-222

Chakrabarty, Dipesh, *Europa als Provinz. Perspektiven postkolonialer Geschichtsschreibung*, Frankfurt a. M./New York 2010

Davidson, Naomi, *Only Muslim. Embodying Islam in Twentieth-Century France*, New York 2012

Fassin, Didier, „L'invention française de la discrimination“, in: *Revue française de science politique*, Vol. 52, Nr. 4 (2002), 403-423

Fassin, Éric, „Statistiques raciales ou racistes ? Histoire et actualité d'une controverse“ (2010), in: D. Fassin (Hg.), *Les nouvelles frontières de la société française*, Paris 2012, 427-451

ders., *Démocratie précaire. Chroniques de la déraison d'État*, Paris 2012

Fourest, Caroline, „Nos morts, notre légitime défense“, Radiobeitrag für *France Culture*, <https://carolinefourest.wordpress.com/> (2015), 21.11.15

François, Bastien, *Le régime politique de la V^e République*, Paris 2011

Frégosi, Franck, *Penser l'islam dans la laïcité. Les musulmans de France et la République*, Paris 2008

Guénif-Souilamas, Nacira, u. Éric Macé, *Les féministes et le garçon arabe*, La Tour d'Aigues 2006

Haegel, Florence, *Les droites en fusion. Transformations de l'UMP*, Paris 2012

Hall, Stuart, „Der Thatcherismus und die Theoretiker“ (1988), in: ders., *Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus*, Berlin/Hamburg 1989, 172-206

Hanne, Didier, „‘Attentifs ensemble’. Réflexions sur la gauche, le terrorisme, et ce qu'il convient de faire par rapport à lui“, <http://www.journaldumauss.net/?Attentifs-ensemble#nh8> (2015), 22.11.15

Heinrich, Michael, „Imperialismustheorie“, in: S. Schieder u. M. Spindler (Hg.), *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Opladen 2003, 279-307

Koester, Elsa, „Vergesst die Grande Nation!“, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/991651.vergesst-die-grande-nation.html> (2015), 18.11.15

Krol, Agnes, „Antiziganismus als Regierungstechnik: Frankreich und Europa im Sommer 2010“, in: A. Bartels u.a. (Hg.): *Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse*, Münster 2013, 217-243

Laborde, Cécile, „The Culture(s) of the Republic: Nationalism and Multiculturalism in French Republican Thought“, in: *Political Theory*, Vol. 29 (5), 2001, 716-735

dies., *Critical Republicanism. The Hijab Controversy and Political Philosophy*, Oxford 2008

Landau-Brijatoff, Alix, *Indignes d'être français. Dénaturalisés et déchus sous Vichy*, Paris 2013

Laplanche-Servigne, Soline, „Quand les victimes de racisme se mobilisent. Usage d'identifications ethnoraciales dans l'espace de la cause antiraciste en France et en Allemagne“, in: *Politix*, Vol. 27, Nr. 108 (2014), 143-166

Lépinard, Éléonore, *L'égalité introuvable. La parité, les féministes et la République*, Paris 2007

Lindner, Kolja, *Die Hegemoniekämpfe in Frankreich: Laizismus, politische Repräsentation und Sarkozismus*, Diss, Freie Universität Berlin/Universität Paris 8, 2015

ders., Urs Lindner u. Thomas Maul: „Antisemitismus und Terror. Gegen Labica“, in: *Das Argument* 251, 45. Jg., 2003, H. 3, 356-368

Luz, *Les Mégret gèrent la ville*, Sondernummer von *Charlie Hebdo*, Paris 1998

Maclure, Jocelyn, u. Charles Taylor, *Laizität und Gewissensfreiheit*, Berlin 2011

Martigny, Vincent, *Le nationalisme culturel français. Récit national et usages politiques de la culture en France (1981-1995)*, Diss, Institut d'Études Politiques Paris, 2012

Masclat, Olivier, *La Gauche et les cités. Enquête sur un rendez-vous manqué*, Paris 2003

Mendieta, Eduardo, u. Jonathan VanAntwerpen (Hg.), *Religion und Öffentlichkeit*, Berlin 2012

- Merle, Isabelle, „Retour sur le régime d'indigénat : genèse et contradictions des principes répressifs dans l'empire français“, in: *French Politics, Culture & Society*, Vol. 20, Nr. 2 (2002), 77-97
- MIR, <http://indigenes-republique.fr/le-p-i-r/appele-des-indigenes-de-la-republique/> (2005), 22.11.15.
- NPA, „Leurs guerres, nos morts : la barbarie impérialiste engendre celle du terrorisme“, <http://www.npa2009.org/communiquel/leurs-guerres-nos-morts-la-barbarie-imperialiste-engendre-celle-du-terrorisme> (2015), 21.11.15
- PIR, „Attentats de Paris : communiqué du PIR“, <http://indigenes-republique.fr/attentats-de-paris-communiqued-du-pir/> (2015), 21.11.15
- Piesche, Peggy, Vortrag auf dem Panel „L'Intrus – On Enacting and Enacted Citizenships“ der Konferenz *Wir sind alle Berliner: 1884-2014*, 28.2.15, Institut for Cultural Inquiry, Berlin, <https://www.ici-berlin.org/event/658/> (2015), 23.11.15
- Ramadan, Tariq, „Democratic Turkey is the Template for Egypt's Muslim Brotherhood“, http://www.digitalnpq.org/articles/global/510/02-08-2011/tariq_ramadan (2011), 24.11.15
- Raoult, Éric, *Rapport fait en application de l'article 145 du Règlement au nom de la mission d'information sur la pratique du port du voile intégral sur le territoire national*, <http://www.assemblee-nationale.fr/13/pdf/rap-info/i2262.pdf> (2010), 21.11.15
- Renan, Ernest: „Qu'est-ce qu'une nation ?“ (1882), in: ders., *Qu'est-ce qu'une nation ? et autres essais politiques*, hg. v. J. Roman, Paris 1992, 37-56
- Rey-Lefebvre, Isabell, Simon Piel, Nicolas Bastuck u. Florence Aubenas: „Hasna Aït Boulahcen, entre vodka et niqab“, in: *Le Monde*, 21.11.15
- Roy, Olivier, „Le djihadisme est une révolte générationnelle et nihiliste“, in: *Le Monde*, 24.11.2015
- Sarkozy, Nicolas, *La République, les religions, l'espérance*, Paris 2004
- Simon, Patrick, u. Sylvia Zappi, „La lutte contre les discriminations : la fin de l'assimilation à la française ?“, in: *Mouvements. Des idées et des luttes*, Nr. 27/28, 2003, 171-176
- Stoler, Ann L. u. Frederick Cooper, „Zwischen Metropole und Kolonie: Ein Forschungsprogramm neu denken“ (1997), in: Claudia Kraft u.a. (Hg.): *Kolonialgeschichte. Regionale Perspektiven auf ein globales Phänomen*, Frankfurt a. M./New York 2010, 26-66
- Vauchez, Stéphanie H. u. Vincent Valentin, *L'Affaire Baby Loup ou la Nouvelle Laïcité*, Issy-les-Moulineaux 2014
- Zeghal, Malika, „La constitution du Conseil Français du Culte Musulman : reconnaissance politique d'un Islam français ?“, in: *Archives de sciences sociales des religions*, Nr. 129, 2005, 97-113

Summary

Kolja Lindner: After the Paris Terror Attacks of November 2015: Frontlines, Context and Perspectives

The assassinations in the French capital provoked an authoritarian nationalism launched by the state. The left, by contrast, is trapped in apathy and relativism. This situation is the result of an ongoing renegotiation of French citizenship. While the

neo-republican left engages in a strict redefinition of secularism (*laïcité*), approaches based on the reification of differences invoke identity politics. Both fail to take Islamism and terrorism seriously. The article considers the perspectives for a provincialized secularism, a democratic “imperative of integration” (Elizabeth Anderson) and a post-identity cosmopolitanism.

Autorenangaben

Kolja Lindner, 1980; Dr. phil, Politikwissenschaft (Université Paris 8/Freie Universität Berlin); Research und Teaching Fellow Institut d’Études Politiques Paris (Sciences Po); V: „Idéologie, racisme, intersectionnalité. Une invitation à lire Stuart Hall“, in: *Raisons Politiques. Etudes de pensée politique*, Nr. 48 (2012); „Eurozentrismus bei Marx. Marx-Debatte und Postcolonial Studies im Dialog“, in: W. Bonefeld u. M. Heinrich (Hg.): *Kapital & Kritik. Nach der „neuen“ Marx-Lektüre* (2011); M: Centre de recherches politiques (CEVIPOF), Centre Marc Bloch Berlin